

Editorial**FREIE WAHLEN SIND
EIN PRIVILEG!**

Neulich habe ich Folgendes gelesen: „Ich wurde heute auf dem Weg zum Briefkasten nicht erschossen. Ich habe eine Frau gesehen, die allein Auto gefahren ist. Ich bin an zwei Typen vorbei, die sich auf offener Straße geküsst haben. Mein Vater sitzt nicht im Knast, obwohl er öffentlich seine Meinung äußert... Geht wählen! Es ist nicht Bürgerpflicht sondern Privileg. Es ist hart erkämpfte Freiheit, die nicht selbstverständlich ist.“

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Macht Euch am 24. September bitte auf an die Wahlurnen und entscheidet Euch für eine demokratische Partei.

Euer Thomas Hölck

IN DIESER AUSGABE:

- Schulz in Kiel S. 2
- Jetzt gilt es! S. 3
- Schuldnerberatung S. 4
- Raser bremsen S. 5
- Gesetz zu Leiharbeit S. 6
- Investitionen fehlen S. 7
- Falsches Versprechen S. 8
- Jusos in die Räte! S. 9
- AfA-Vorstandswahl S.10

FÜR GUTE BILDUNG WILL DIE SPD ZWÖLF MILLIARDEN AUSGEBEN

AM 24.09. MARTIN SCHULZ ZUM KANZLER WÄHLEN!

Am 24. September entscheiden die Bürgerinnen und Bürger darüber, wie es mit Deutschland weitergehen soll. Gibt es mit Angela Merkel weitere Jahre des Stillstands? Oder wird Martin Schulz

den Euro für Rüstung ausgeben wollen, um den Forderungen des US-Präsidenten Trump zu folgen, will die SPD zwölf Milliarden Euro in Kita, Schule und Ausbildung investieren. Wir wol-



MARTIN SCHULZ (RE.) UND ERNST DIETER ROSSMANN: STABILE RENTEN, BESSERE BILDUNG.

Kanzler und sorgt für ein modernes Deutschland mit mehr Gerechtigkeit, besserer Bildung und stabilen Renten? Ihr habt es in der Hand! Die SPD macht Deutschland zukunftssicher. Bis 2021 wollen wir mindestens zwölf Milliarden Euro für bessere Schulen bereitstellen. Für Chancengleichheit und mehr Zeit für Bildung soll es eine Million zusätzliche Plätze in Ganztagsgrundschulen plus Rechtsanspruch für jedes Kind geben. Während CDU/CSU 30 Milliar-

den mehr bundesweite Bildungsstandards, damit Leistungen vergleichbarer werden und ein Umzug in ein anderes Bundesland Familien nicht ins Chaos stürzt. Der Bund soll bei Schulen endlich wieder mitreden dürfen. Wir sorgen für mehr Kompetenzen des Bundes, um gemeinsam mit den Ländern Schulen modernisieren und Chancengleichheit gewährleisten zu können.

Weiter auf Seite 2

BUSTOUR ZU SCHULZ-AUFTRITT IN KIEL

KÄMPFERISCHE REDE UND FREUDE ÜBER NEUE PARTEIMITGLIEDER



KÄMPFERISCHE REDE VON KANZLERKANDIDAT MARTIN SCHULZ KIEL. FOTO: ELKE SCHREIBER

Der SPD-Kreisverband Pinneberg hatte extra einen Bus gechartert, damit viele Genossen und Genossinnen die Rede von unserem Kanzlerkandidaten Martin Schulz live in Kiel miterleben konnten. Eine Teilnehmerin befand übrigens: „Woher habt ihr denn den coolen Bus?“ Es war ein moderner Reisebus mit **roten** Sitzen.

Unser Kreis-Pinneberger Bundestagsabgeordneter Ernst Dieter Rossmann aus Elmshorn und die Europaabgeordnete Ulrike Rodust verabschiedeten die Reisegruppe in Pinneberg mit einer kleinen Verpflegungstüte.

Somit war schon mal gleich für gute Stimmung auf der Fahrt gesorgt.

Die kämpferische Rede von Martin Schulz kam bei den Besuchern auf dem Asmus-Bremer-Platz in der Landeshauptstadt und selbstverständlich bei unserer Gruppe prima an.

Übrigens: Martin Schulz schaffte eine Punktlandung. Nach seinem letzten Satz begann es zu regnen. Das hielt Jutta Kross aus Wedel und Elke Schreiber aus Quickborn nicht davon ab, ein Selfie mit dem beliebten Schauspieler Sven Walsler zu machen.

Übrigens: von den 35 Reiselustigen aus dem Kreis Pinneberg waren auch einige, die nicht in der SPD waren, sich dann aber am Ende der Busreise entschlossen hatten, neue Parteimitglieder zu werden. Das hat noch mal richtig neue Motivation für den Wahlkampf-Endspurt gegeben.

Auf der Rückfahrt war die Stimmung im Bus blendend, was dann auch noch mal wieder mit einem Selfie festgehalten wurde.

Elke Schreiber



GENOSSINNEN UND GENOSSEN AUS DEM KREIS PINNEBERG WAREN MIT EINEM GECHARTERTEN BUS ZUM WAHLKAMPAUFTRITT VON MARTIN SCHULZ NACH KIEL GEFAHREN.

STABILE RENTEN, EINWANDERUNGSGESETZ UND 15.000 NEUE POLIZISTEN

Fortsetzung von Seite 1

Für sichere Arbeit schaffen wir die sachgrundlose Befristung ab.

Wir fördern durch gesetzliche Regelungen, dass Frauen und Männer den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit erhalten.

Wir schaffen schnelles Internet und „Breitband für alle“. Dabei werden

wir die Unterschiede zwischen Land und Stadt abbauen.

Wir sorgen dafür, dass die Beiträge für die Krankenversicherung wieder zu gleichen Anteilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahlt werden.

Wir werden das Renteneintrittsalter nicht weiter anheben und das Rentenniveau stabil halten.

Wir sorgen dafür, dass auch in den Metropolen die Mieten bezahlbar bleiben und der Erwerb von Wohneigentum gefördert wird.

Wir schaffen ein Einwanderungsrecht, um qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen.

Wir schaffen 15.000 neue Stellen bei der Polizei – und sorgen damit für mehr Sicherheit.

JETZT GILT ES!

MOBIL MACHEN FÜR ERNST DIETER UND MARTIN!

Wir sind mitten in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfs. Da heißt es: Gesicht zeigen. Am Infostand. In der öffentlichen Kandidatenrunde. In den Diskussionsveranstaltungen.

Dies sind unsere Vorschläge: Hier könnt Ihr Ernst Dieter unterstützen, mitdiskutieren und zeigen, dass die SPD die richtige Wahl ist – inhaltlich und personell.

EUROPA – FRIEDEN – ABRÜSTUNG

AUßENPOLITIK IN DER ZEIT VON PUTIN, BREXIT UND ERDOGAN

mit

Franz Thönnies MdB

Außenpolitik-Experte der SPD Bundestagsfraktion

Oberst a.D. Klaus-Christian Kuhle

Ehem. Kommandeur der Appener Unteroffizierschule der Luftwaffe

Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB

Bundestagsabgeordneter für den Kreis Pinneberg

Moderation: Thomas Hölck MdL



**13.09.2017, 19 UHR, UETERSENER HOF
TORNESCHER WEG 31, UETERSEN**

KANDIDATENDISKUSSION DES PINNEBERGER TAGEBLATTS

mit den Direktkandidaten aller Parteien:
Ernst Dieter freut sich über Unterstützung!

**AM DO., 14.09.2017 UM 19 UHR
IN PINNEBERG, RATSSITZUNGSSAAL, BISMARCKSTR. 8**

EIN PAKT FÜR ANSTÄNDIGE LÖHNE

FÜR TARIFBINDUNG –
GEGEN LOHNDUMPING
– MEHR NETTOLOHN



mit

Uwe Polkaehn

Vorsitzender DGB Nord

Jürgen Heesch

AfA-Kreisvorsitzender

Beate Raudies MdL

Landtagsabgeordnete

Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB

Bundestagsabgeordneter für den Kreis Pinneberg

**19.09.2017, 19 UHR, KLEINER FRIEDRICH,
FRIEDRICHSTR. 2, TORNESCH**

EIN EINWANDERUNGSGESETZ FÜR DEUTSCHLAND

DEN ARBEITSMARKT FIT MACHEN – EINWANDERUNG STEuern

mit

Katharina Mohr

SPD Bundestagsfraktion

Rüdiger Winter

Fachstelle Migration und
Vielfalt

**18.09., 20 UHR, FREIHOF
MARKTPLATZ 6, WEDEL**

Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB

Bundestagsabgeordneter für den Kreis Pinneberg

Moderation: Thomas Hölck MdL



Tür-zu-Tür: Mach mit!

Überall im Kreis sind jetzt die Teams unterwegs für Ernst Dieter und unsere SPD. Hast du noch ein paar Stunden Zeit? Und Lust auf eine TzT-Aktion mit netten Genossinnen und Genossen? Dann melde dich bei Elke Schreiber unter 04106/73360.

SCHULDNERBERATUNG GESICHERT

SPD-ABGEORDNETE BESUCHEN TEAM DER AWO-BERATUNGSSTELLE

Seit 32 Jahren gibt es die Schuldnerberatung der Arbeiterwohlfahrt im Kreis Pinneberg. 1999 wurde die neue Insolvenzordnung, die sogenannte Verbraucherinsolvenzberatung einge-

mehr haben, ihre Probleme zu lösen. Sinnvoll, weil die staatlichen Mehrausgaben als Folge einer nicht bewältigten Überschuldung ungleich höher sind als die Kosten einer Beratung.

eine Erkrankung, Sucht oder einen Unfall an. Für viele Menschen ist die finanzielle Not das erste, was sie morgens nach dem Aufwachen beschäftigt, und das letzte, bevor sie einschlafen.



THOMAS HÖLCK UND HANNES BIRKE (V.L.) SOWIE ERNST DIETER ROSSMANN BEI DER SCHULDNERBERATUNG.

führt, die überschuldeten Personen die Möglichkeit eröffnet, im Anschluss an ein Insolvenzverfahren von den Restschulden befreit zu werden. Für Hans-Peter Stahl (Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion) ist die Beratung überschuldeter Menschen eine notwendige und sinnvolle Hilfe. Notwendig, weil sich die Zahl der Überschuldeten in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt hat und diese Menschen ohne eine qualifizierte Beratung häufig keine Chance

Insgesamt wurden; so der Jahresbericht 2016, kreisweit 5.255 Kontakte zur Beratungsstelle der AWO aufgenommen, daraus ergaben sich 1.357 Beratungsfälle. Entgegen des landesweiten Trends nahmen die Verbraucherinsolvenzen im Kreis Pinneberg zu. 347 Mal wurde mit den Ratsuchenden ein Verbraucherinsolvenzantrag gestellt. 2015 beantragten 308 Bürger eine Insolvenz.

Jeder vierte Ratsuchende gab als Hauptauslöser für seine Verschuldung

neuen Vertrag sichergestellt und mit einer Laufzeit von 3 Jahren die Förderung langfristig abgesichert. Ein neues wichtiges Element des Vertrages ist die regelmäßige Anpassung der Personal- und Sachkostensteigerungen, um auch zukünftig die Qualität der Beratungsstelle zu erhalten. Für diese Anpassung –so Stahl- haben wir uns jahrelang eingesetzt und erst mit Unterstützung von Grünen und FDP durchgesetzt.

Hans-Peter Stahl

NEUE SOZIALSTAFFEL ENTLASTET MEHR ELTERN BEI DEN KITA-GEBÜHREN

Seit 1. August gibt es im Kreis Pinneberg die neue Sozialstaffel. Damit, so der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Hannes Birke, werden insbesondere die Eltern mit mehreren kleinen Kindern und niedrigen Einkommen finanziell erheblich entlastet.

Das sogenannte Mehreinkommen oberhalb eines Freibetrages wird nur

noch zu 60 statt bisher zu 80 Prozent bei der Berechnung der Kita-Gebühr berücksichtigt. Zudem halbiert sich der Kostenbeitrag für ein zweites Kind in der Kita, ein drittes Kind bleibt grundsätzlich kostenfrei

Die Zahl der Eltern, die von den Verbesserungen profitieren, wird sich erheblich erhöhen. Nach ersten Berechnungen werden es 1.875 zusätz-

liche Berechtigte sein.

Für Hannes Birke ist die mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP im Mai 2016 getroffene Entscheidung ein erster richtiger Schritt zur Gebührenentlastung. Weitere sollen folgen. Ziel ist es, den Einkommensüberhang zur Gebührenermittlung um weitere 10 auf dann 50 Prozent zu senken.

MIT BLITZERN RASER BREMSSEN

ZU HOHES TEMPO IST HAUPTUNFALLURSACHE

Die Hauptunfallursachen im Straßenverkehr ist nach wie vor eine zu hohe Geschwindigkeit, die zu schweren Unfallfolgen führen kann. Der Erfahrungsbericht „Kommunales Geschwindigkeitsprojekt 2016“ bestätigt diese seit Jahren bekannte Entwicklung. Er weist bei den mobilen Geschwindigkeitsmessungen 63.296 Überschreitungen der zulässigen Geschwindigkeit und bei stationären Messanlagen, den so genannten „Starenkästen“, 181 181 Überschreitungen aus.

Die Zahlen von 2016 mit insgesamt 81.477 Geschwindigkeitsübertretungen machen

mehr als deutlich, dass im Interesse der Verkehrssicherheit die Dichte der Geschwindigkeitskontrollen im Kreis auch für die Zukunft aufrecht erhalten bleiben

muss, sagt Helmut



ES GEHT NICHT UMS GELD: DIE BLITZER IM KREIS PINNEBERG SOLLEN HELFEN, UNFÄLLE ZU VERMEIDEN.

Jahnke, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. Eine dauerhafte Senkung des Geschwindigkeitsniveaus kann nur durch langfristig angelegte Kontrollen erreicht werden

Die Messanlagen –so Jahnke– sind flächendeckend und effizient einzusetzen. Schulen, Kindergärten und Pflegeheimen sowie an Gefahren- Unfallstellen haben absolute Priorität bei den Geschwindigkeitskontrollen. So kann ein Beitrag zur Reduzierung der Unfallzahlen erreicht werden.

Die Kontrollen erfolgen bisher durch ein Messteam, das aus Kreisbedienste-

ten und aus Polizeibeamten besteht. 2016 ist die Anzahl der Polizeibeamten im Messteam weiter verringert worden. Die Beamten wurden an anderer Stelle, für wichtigere polizeiliche Aufgaben benötigt.

Eine Entlastung der Polizei von der Geschwindigkeitsüberwachung ist auf Grund der Aufgabenfülle für die SPD grundsätzlich richtig. Der Kreis muss überlegen, ob er künftig die Tempoüberwachung dauerhaft allein durchführen will. Allerdings –so Jahnke– mit fachlicher Beratung durch die Polizei.

Die hohe Zahl der Geschwindigkeitsüberschreitungen spiegelt sich auch bei den Gebühreneinnahmen wider. Die Einnahmen in 2016 betragen insgesamt 1.858.729,00 Euro. Davon erhielt die Polizei für ihre Aufwendungen rd. 297.000,00 €. und der Kreis rd. 1.561 Mio. €. Abzüglich von Personal-Sachkosten und Investitionen, verblieben netto beim Kreis 538.492,00 €.

Wenn es gelänge, die Geschwindigkeitsübertretungen nachhaltig zu reduzieren, könnten wir gut auf diese Einnahmen verzichten, so Jahnke.

Helmuth Jahnke

WIR STELLEN VOR: PHILIPP REIMERS

Er ist der Neue in unserer Fraktion - Philipp Reimers, 21, seit 2015 in der SPD, Student an der Uni in Hamburg. Sein Berufsziel: Gymnasiallehrer.

Politik aktiv mitgestalten ist ihm ein selbstverständliches Anliegen. In seiner Heimat Tornesch



PHILIPP REIMERS.

arbeitet er bereits in der Ortsfraktion mit. In der Kreistagsfraktion ist er bürgerliches Mitglied, zunächst als Stellvertreter im Jugendhilfeausschuss, seit Juli nun Mitglied im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren.

Bei den Jusos auf Orts- und Kreisebene will er seine Ideen einbringen, um die Parteilarbeit für die Jugend noch attraktiver zu gestalten. Philipp ist Mitglied des Wahlkampfteams von Ernst Dieter Rossmann, was ihn mit Stolz erfüllt. Eine Kandidatur für den Kreistag kann er sich vorstellen. Sein Hobby: Klavier spielen in seiner Band „Chocolate Bar“.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:

SPD-Kreisverband

Pinneberg

Thomas Hölck

Am Drosteipark 5

25421 Pinneberg

VON DER ARBEIT MUSS MAN LEBEN KÖNNEN!

GUT AUSGEBILDETE FRAUEN BLEIBEN WEGEN HOHER KITA-GEBÜHREN ZU HAUSE

Insgesamt erreichen uns derzeit gute Nachrichten vom Arbeitsmarkt. Dennoch gibt es keinen Grund auszurufen. Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist dafür nur ein gutes Beispiel. Der Anstieg unbesetzter Stellen im Vergleich zum Vorjahr bei gleichzeitigem Anstieg unversorgter Bewerber belegt dies.

Gute Rahmenbedingungen können helfen, mehr Auszubildende zu finden. Wenn gerade junge Frauen mit Kindern zu Hause bleiben, um die hohen Kita-Gebühren zu sparen oder sie sich diese nicht leisten können, dann ist etwas faul im Lande Schleswig-Holstein. Denn

dadurch fehlen weitere gut ausgebildete Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt. Ganz abgesehen davon, wird der Anspruch auf Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft nicht erfüllt. Eine schrittweise Entlastung der Eltern von den hohen Kita-Gebühren ist von der

schwarzen Ampel aus CDU, FDP und Grünen nicht in Sicht.

Die SPD hat auch als Oppositionsfraktion den Anspruch, für gute Arbeit in Schleswig-Holstein zu sorgen. Schritte in die richtige Richtung sind von der Küstenkoalition gemacht



THOMAS HÖLCK KÄMPFT FÜR GUTE ARBEIT UND ANSTÄNDIGE LÖHNE.

worden, weitere Ideen und konkrete Projekte sind gefragt. Von der schwarzen Ampel ist hier nichts zu erwarten. Im Koalitionsvertrag kommen Begriffe wie gute Arbeit oder soziale Gerechtigkeit gar nicht vor. Dass

Grüne so einen Vertrag jemals unterschreiben würden, hätte ich mir nie vorstellen können. Trotz der guten Arbeitsmarktzahlen gibt es Fehlentwicklungen. Der Anteil der Beschäftigten in Teilzeit, Leiharbeit oder Mini-Jobs liegt bei uns in Schleswig-Holstein leider

auf sehr hohem Niveau. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse liegen vor, wenn Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nur schlecht oder gar nicht von ihrem Einkommen leben können. Dadurch wächst die Gefahr von Al-

tersarmut in der Zukunft. Wer hart arbeitet, muss auch davon leben können. Wir brauchen noch mehr Anstrengungen für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Drei Kernforderungen der SPD und ihres Kanzlerkandidaten Martin Schulz, die für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt sorgen werden, will ich hier exemplarisch nennen:

Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen wollen wir abschaffen. Für Leiharbeit soll ab dem ersten Tag gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten. Innerhalb von vier Jahren soll die Zahl der Beschäftigten in prekären Beschäftigungsverhältnissen um ein Drittel reduziert werden.

Bei der anstehenden Bundestagswahl geht es darum, ob ein Weg in ein modernes und gerechtes Deutschland, für das die SPD steht, beschritten wird, oder ob weiter gemerkelt wird.

WER DIE MIETPREISBREMSE ABSCHAFFT, LÄSST DIE MIETEN WEITER STEIGEN!

Die Mieten in der Metropolregion Hamburg steigen immer weiter an. Bei Neuvermietungen wurden im Schnitt 11,02 Euro pro Quadratmeter verlangt. In Stadtteilen wie Altona und Eimsbüttel liegt das Niveau noch deutlich höher.

Das hat auch Auswirkungen auf den Kreis Pinneberg. Wer in Hamburg keine bezahlbare Wohnung findet, weicht aus auf den Kreis. „Für viele Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen wird Wohnen zum Lu-

xus. Ich fordere die schwarze Ampel auf, auf die Abschaffung der Mietpreisbremse und der Kappungsgrenzenverordnung zu verzichten“, so SPD-MdL Thomas Hölck. Die SPD will die Mietpreisbremse durch eine größere Transparenz der Vormiete und eine Auskunftspflicht der Vermieter verschärfen.

Die Jamaika-Koalition hatte sich im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenzenverordnung abzuschaffen,

weil die Sicherung stabiler Mietpreise nicht erfolgt sei. „Es muss nachgebessert werden“, fordert Hölck. Wer die Mietpreisbremse abschafft, trägt dazu bei, dass die Mieten immer weiter steigen.

Das sieht auch der Mieterverein Schleswig-Holstein so. Die Mietpreisbremse ist nach Auffassung des Landesverbandes zwar reformbedürftig, aber dringend erforderlich, um den explodierenden Neuvertragsmieten entgegenzuwirken.

„JAMAICA“ LAMENTIERT NUR EIN WILLE ZU INVESTITIONEN SIEHT ANDERS AUS

Die Voraussetzungen für gute und nachhaltige Investitionen im Land sind so gut wie schon lange nicht mehr: Der deutsche Staat hat im ersten Halbjahr 2017 den höchsten Über-

Landesstraßen auf 90 Millionen Euro im Jahr steigen. Da noch kein Haushaltsentwurf für 2018 vorliegt, kann diese Aussage nicht an realen Taten gemessen werden. Ministerpräsident

Daniel Günthers Wahlkampfeslogan von den sanierten Straßen verpufft.

Mit dem Nachtragshaushalt, der im Juli verabschiedet wurde, hat die Koalition jedenfalls erst einmal gezeigt, dass es ihr anscheinend doch nicht so eilig ist mit den Investitionen. Alles, was von den

großen Versprechungen Daniel

Günthers übriggeblieben ist, sind 15 Millionen Euro für Sportstätten, davon sieben Millionen Euro für das Holstein-Stadion in Kiel. Bei den übrigen acht Millionen Euro ist sich die Koalition nicht einmal einig, wofür sie diese überhaupt ausgeben will. Von der Landesregierung kommen nur Gemeinplätze und der Verweis auf laufende Beratungen, während Abgeordnete der Koalitionsfraktionen das Geld bereits mit vollen Händen ausgeben. Das finde ich eine prekäre Situation. Ich sehe den Willen zur politischen Gestaltung bei dieser Landesregierung nicht.

Auf neue Impulse müssen wir wohl bis zum Beschluss über den Haushalt 2018 warten, den die Koalition fröhlich erst einmal auf Februar verschoben hat. Ein wirklicher Wille zu Investitionen sieht anders aus!



BEATE RAUDIES: NICHTS ZU SPÜREN VON SANIERUNG DER LANDESSTRASSEN.

schuss seit der Wiedervereinigung erzielt. Ich unterstütze deshalb nachdrücklich die Forderung von Martin Schulz, unser Land mit diesen Überschüssen zu modernisieren, unsere Kinder zu stärken, eine leistungsfähige Infrastruktur zu schaffen und mehr Geld für den sozialen Zusammenhalt zur Verfügung zu stellen. Steuersenkungen und Begünstigungen von Besserverdienenden, wie die CDU sie vorschlägt, führen jedoch ins Nichts.

Der neuen Landesregierung aus CDU, Grünen und FDP ist bisher nicht viel zum Thema Investitionen eingefallen. Von der angeblichen „Koalition der Möglichmacher“ ist nicht viel zu merken. Das gilt zum Beispiel in Sachen Geld für die Sanierung der Landesstraßen - eines der Lieblingsthemen der CDU im Wahlkampf. Laut Koalitionsvertrag der Jamaica-Koalitionäre sollen die Mittel für die

BEATE RAUDIES IST JETZT VORSITZENDE VOM AK FINANZEN

Die neue Legislaturperiode bringt auch für mich viel Neues. Ich bin jetzt Vorsitzende des Arbeitskreises Finanzen, Mitglied im Finanzausschuss und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. Außerdem bin ich weiterhin Sprecherin für die Belange der Feuerwehr.

Als Arbeitskreisvorsitzende gehöre ich auch dem Fraktionsvorstand an.

Der Finanzausschuss hat zwei zentrale Aufgaben: Zum einen die Beratung des Landeshaushalts, zum anderen die Kontrolle der Regierung beim Haushaltsvollzug. Ferner befasst sich der Ausschuss unter anderem mit den Themen Steuern, Beteiligungen des Landes an Unternehmen (insbesondere HSH Nordbank), Gebäudemanagement.

Dazu hat der Finanzausschuss zwei Untergremien eingesetzt, die beide stets in nicht öffentlicher Sitzung tagen: Zum einen gibt es die Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung", die jährlich über die von der Landesregierung vorzulegende Haushaltsrechnung und die Prüfbemerkungen des Landesrechnungshofs berät.

Zum anderen handelt es sich um den Unterausschuss für Unternehmensbeteiligungen, in dem die Finanzministerin oder der Wirtschaftsminister über den Stand und die Entwicklung von Unternehmensbeteiligungen, Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen des Landes (insbesondere über die HSH Nordbank) informieren.

NUR LEERE WORTHÜLSEN DER KOALITION

A 20: GÜNTHER HAT EIN VERSPRECHEN GEGEBEN, DAS NIE EINZUHALTEN WAR

Jede Landesregierung muss auch eingehalten werden sich daran messen lassen, kann. Vollmundig verkündete was sie den Wählerinnen te der CDU-Spitzenkandidat



DER WEITERBAU DER A 20 DAUERT NOCH VIELE JAHRE.

und Wählern versprochen Daniel Günther, dass mit hat. Das gilt natürlich auch ihm die A20 in den kommenden fünf Jahren fertig für die nun in Kiel regierende schwarze Ampel. Daher finde ich es enttäuschend, wenn gleich zu Beginn einer Legislaturperiode wesentliche Wahlversprechen gebrochen und wieder eingeräumt werden, gerade wenn sie als durchaus wahlentscheidend einzustufen sind. Mein Anspruch als Landtagsabgeordneter ist es, den Wählerinnen und Wählern klar zu versprechen, was von großen Infrastruktur-

bauten befasst, dem ist bekannt, dass deren Realisierung viele Jahre dauert. Gegen jeden neuen Planungsabschnitt der A20 kann und wird vermutlich geklagt werden.

Schade, dass Daniel Günther hier die Wählerinnen und Wähler bewusst getäuscht und ein Versprechen gegeben hat, das nie einzuhalten war, denn die schwierige Situation bei jedem einzelnen Bauabschnitt war den Landespolitikern bewusst.

Genau so stellt es sich mit der For-

derung dar, dass das 3. Gleis auf Kosten des Landes zu bauen sei, wenn sich der Bund nicht mit einbringen wolle. Die Notwendigkeit des dritten Gleises wird von politischen Vertretern aller Parteien bekräftigt, doch die Forderung der CDU-Landtagsabgeordneten Bar-

bara Ostmeier immer vor der Landtagswahl, dass dann das Land einfach die Kosten übernehmen sollte, weil genug finanzielle Mittel vorhanden wären, scheint ebenfalls wie eine leere Worthülse zerplatzt. Im Koalitionsvertrag der Jamaika-Koalition findet sich hier kein Hinweis. Ebenso wenig ein Wort zur Reaktivierung der Strecke zwischen Ueter-



KAI VOGEL IST ENTÄUSCHT VON „JAMAIKA“.

sen und Tornesch. Hier sollte eine Machbarkeitsstudie abschließende Hinweise geben, ob eine Realisierung sinnvoll ist. Versprochen und gebrochen scheint für unsere neue Landesregierung der Maßstab des eigenen Regierens zu sein. Schade.

WER G 8 AN GYMNASIEN BELASSEN WILL, BRAUCHT EINE DREIVIERTELMEHRHEIT

G8 ist für die Gymnasien in Schleswig-Holstein praktisch passé, denn die CDU geführte Landesregierung hat die Hürden für G8 so hoch gehängt, dass ein Verbleib einzelner Gymnasien bei dem erst vor wenigen Jahren auf Betreiben der CDU eingeführten Abitur nach acht statt nach neun Jahren eigentlich auszuschließen ist. Bis

zum Februar 2018 müssen die Schulkonferenzen an den Schulen eine Entscheidung treffen. Um bei G8 zu bleiben, müsste sich in der Schulkonferenz eine Dreiviertel-Mehrheit für den Erhalt finden. Warum diese hohe Hürde gewählt wurde, erstaunt viele. Selbst bei einer Grundgesetzänderung muss nur eine Zweidrittel-

Mehrheit zu Stande kommen. Typisch für die Grünen in der neuen Jamaika-Koalition im Landtag war hierzu eine Rede der Halstenbeker Abgeordneten Ines Strehlau. Auf die Frage, warum die Hürde so hoch gewählt wurde, konnte sie keine Antwort geben und sagte, dazu müsste man schon die CDU fragen.

UNTERSTÜTZUNG FÜR JUSOS

LANDESVERBAND MIT BUNTEM BUS IN ELSHORN

Bei bestem Wahlkampf-Wetter besuchten die Mitglieder des Juso-Landesverbandes das junge Wahlkampfteam von Ernst Dieter Rossmann in Elmshorn. Angereist waren sie im eigens für den Wahlkampf angemieteten und bunt beklebten Bus. Außer heißem Kaffee für Erwachsene und Seifenblasen für begeisterte Kinder brachten sie vor allem Flyer für

natürlich auch Probleme zur Sprache: Jugendarbeitslosigkeit, Bürokratie und die mangelnde Solidarität einiger Mitgliedsstaaten in der Flüchtlingspolitik – aber auch Lob für Martin Schulz, der mittlerweile vielen als erfahrener Europapolitiker bekannt ist. Nahezu Einigkeit bestand aber bei den Ansichten über die AfD: Einen Rückfall in Nationalismus und Fremdenfeindlich-



DER JUSO-LANDESVERBAND UNTERSTÜTZTE DIE WAHLHELPER FÜR ERNST DIETER ROSSMANN.

Jung- und Erstwähler mit, die von den Jusos Elmshorn-Tornesch an die jungen Passanten in der Fußgängerzone verteilt wurden. Dabei entstanden viele interessante Gespräche zu den unterschiedlichsten Themen, die in den Flyern Erwähnung fanden. Besonders präsent war zum Beispiel das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum. „Das ist besonders für Schüler*innen und Studierende ein wichtiges Thema – deshalb freue ich mich, dass die SPD dem im Wahlkampf und im Regierungsprogramm besondere Beachtung schenkt. So überzeugt man Menschen in unserem Alter“, stellt Jannik Thiel, Kreisvorsitzender der Jusos Pinneberg, fest.

Ein weiterer Punkt in den Gesprächen war immer wieder Europa. Es wurde deutlich, dass viele junge Menschen hier die Zukunft sehen. Aber es kamen

keit sowie einen antieuropäischen Kurs dürfe es nicht geben.

Eine weitere Attraktion des dreistündigen Infostandes war eine etwa zehn Quadratmeter große Bodenzeitung, die für viel Publikum sorgte. Nie standen weniger als fünf Menschen gleichzeitig um die beschriftete weiße Plane herum und lasen interessiert nach, was dort vor ihnen im Weg lag.

Auch Ernst Dieter Rossmann und Beate Raudies waren mit von der Partie und brachten Flyer unter die Menschen. „Wahlkampf mit jungen Leuten für junge Leute macht mir viel Spaß. Es ist erfrischend, wie viel Energie dahinter steckt“, so Rossmann zum Abschluss. Am Ende bleibt eine positive Bilanz: Mehrere hundert verteilte Flyer, viele überzeugte Wähler und vor allem viel Spaß am Wahlkampf.

WAHL 2018: MEHR JUSOS IN DIE ORTSPARLAMENTE!

Im Frühsommer 2018 ist es wieder so weit: In Schleswig-Holstein werden die Kommunalparlamente neu gewählt. Schon jetzt sitzen auch einige Jusos in den Stadtvertretungen und Ratsversammlungen ihrer Städte und Gemeinden oder sind als bürgerliche Mitglieder auf Orts- und Kreisebene aktiv – und entscheiden dort beispielsweise über die Ausstattung der Schulen, die Finanzierung von Kindertagesstätten, den Ausbau des Busverkehrs und den Bau neuer Straßen mit. Aber es dürfen gern noch mehr werden!

Wie Du siehst, wird auch und vor allem in den Kommunen über die Belange von Jugendlichen und jungen Erwachsenen entschieden – und dort können wir uns am besten mit einbringen.

Wenn auch Du Lust hast, im nächsten Jahr für ein kommunales Mandat zu kandidieren und Du Juso bist, kannst Du Dich gern an uns wenden, wenn Du Fragen hast, wie Kommunalpolitik funktioniert, wenn Du wissen willst, welche Erfahrungen wir dort schon sammeln konnten oder wie Du überhaupt kandidieren kannst. Zu erreichen sind wir per E-Mail (info@jusos-pinneberg.de) oder auf Facebook ([fb.com/jusospinneberg](https://www.facebook.com/jusospinneberg)).

Wir freuen uns über jeden Juso, der oder die in diesem Bereich zukünftig gern Verantwortung übernehmen würde.

Auch über unsere weiteren aktuellen Aktivitäten und bevorstehende Veranstaltungen kannst Du Dich übrigens auf Facebook informieren!

Deine Jusos Pinneberg

AFA KRITISIERT SPD-RENTENKONZEPT

VORSITZENDER JÜRGEN HEESCH BEI VORSTANDSWAHLEN BESTÄTIGT

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (Afa) im Kreis Pinneberg sieht erheblichen Nachbesserungsbedarf beim SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017. Das betrifft insbesondere

in der „Kantine“ in Elmshorn deutlich. An der Versammlung nahmen auch der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Thomas Hölck sowie Gabriele Wegner aus dem Afa-Landesvorstand teil.

Insbesondere kritisiert die Afa, dass die geplanten Reformen keine grundsätzliche Neuausrichtung des Rentensystems beinhalten, und dass nicht alle Einkommensarten zur Finanzierung herangezogen werden, damit das Rentenniveau dadurch wieder auf ein Ziel von 60 Prozent wachsen könnte.

Das wurde während der regen Aussprache zum Bericht der Afa und den programmatischen Ansätzen im SPD-Wahlprogramm deutlich. Auch im Afa-Landesverband sieht man Nachbesserungsbedarf.

Zur „neuen Rente“ im Wahlkampfkonzept der SPD hat die Afa im Kreis Pinneberg deshalb eine eigene Stellungnahme direkt an Andrea Nahles versendet. Nach einer ausführlichen Aussprache mit allen Anwesenden erfolgten die turnusmäßigen Wahlen für den Kreisvorstand für die nächsten zwei Jahre. Als Kreisvorsitzender im Amt bestätigt wurde Jürgen Heesch aus Elmshorn, Stellvertreter bleibt Jens Fechner aus Schenefeld. Schriftführer ist weiterhin Kay-Uwe Dohrn aus Uetersen. Michael Schinkel (Elmshorn), Andreas Gerdts (Tornesch), und Ingo Meier (Schenefeld) bleiben Beisitzer. Neu hinzugekommen als Beisitzer sind Angela Dohrn aus Uetersen sowie die beiden Barmstedter Hans Hansen und Michael Kahnert.

Jürgen Heesch



SPD-CHEF THOMAS HÖLCK (R.) BEGRÜßT DEN NEUEN AFA-KREISVORSTAND.

die Themenbereiche Soziale Gerechtigkeit allgemein, Gute Arbeit und Rentenreform. Das wurde während der Jahreshauptversammlung der Afa

Das wurde während der regen Aus-

KONTAKTE

**SPD-Landesverband
Schleswig-Holstein**
Walter-Damm-Haus
Kleiner Kuhberg 28-30
24103 Kiel
Telefon: 0431-90606-0

**SPD-Kreisverband
Pinneberg**
Kreisbüro:
Martina Rahnenführer
Dietrich Drescher
Am Drosteipark 5
25421 Pinneberg
Tel. 04101/24720
Fax 04101/204615
Mail kv-pinneberg@spd.de

**Dr. Ernst Dieter
Rossmann MdB**
Am Drosteipark 5
25421 Pinneberg

Tel. 04101/200639
Fax 04101/553665
Mail ernst-dieter.rossmann
@wk.bundestag.de

**Beate
Raudies MdL**
Max-Slevogt-Str. 3
25336 Elmshorn
Tel.: 04121/470320
Mail b.raudies@
spd-elmshorn.de

Kai Vogel MdL
Rotbuchenkamp 75
25421 Pinneberg
Tel. 04101/555637
Mail: kaivogel@pinnau.com

Thomas Hölck MdL
Scholenfleth 21
25498 Haseldorf

Tel. 04129-1387
thomas.hoelck@t-
online.de

Arbeitsgemeinschaften in der SPD

- AG 60plus:
Axel Rath
Tel. 04101/857400
Mail: alex@axelrath.de
- Afa:
Jürgen Heesch
Tel. 0172/4098178
Mail: juergen.
heesch@afa-
pinneberg.de
- Jusos:
Jannik Thiel
Tel. 0151/59836219
Mail: jannik.thiel
@hotmail.de

DAS LIEGT AN: VERANSTALTUNGEN UND TERMINE

• **13. 09. 17, 19 Uhr: „Europa – Frieden – Abrüstung“ Veranstaltung mit Franz Thönnies MdB, Oberst a.D. Klaus Kuhle, Ernst Dieter Rossmann MdB und Thomas Hölck MdL in Uetersen, Uetersener Hof.**

• **18. 09. 17, 19 Uhr, „Ein Einwanderungsgesetz für Deutschland: Arbeitsmarkt fit halten – Einwanderung steuern“ mit Katharina Mohr, Wedel, Hotel Freihof, Marktstraße 6-8**

• **19. 09. 17, 19 Uhr, Afa-Veranstaltung mit Uwe Polkaehn, DGB Nord, Tornesch, Friedrichstr. 2**